



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Helmut Schnotz** CSU,

Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/11632, 19/12851

Verwaltung entbürokratisieren VI: Förderprogramme effizienter und einfacher gestalten

Der Landtag würdigt die Bedeutung staatlicher Förderprogramme im Sozialbereich.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die bestehenden Förderrichtlinien mit dem Ziel eines wirksamen Bürokratieabbaus im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel weiterzuentwickeln.

Insbesondere wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag zu berichten,

- wie bestehende Förderrichtlinien im Sozialbereich systematisch überprüft, entwirrt und soweit sinnvoll zusammengeführt werden können, um Doppelstrukturen, Mehrfachzuständigkeiten und Doppelförderungen zu vermeiden,
- welche Möglichkeiten bestehen, Förderungen künftig stärker pauschal zu beantragen, zu gewähren und abzurechnen, um den Verwaltungsaufwand für Träger und Verwaltung zu reduzieren und den Vollzug zu beschleunigen,
- in welchem Umfang Berichtspflichten, Dokumentationsanforderungen und Aufbewahrungspflichten bei Förderprogrammen auf das notwendige Maß reduziert, vereinheitlicht oder verkürzt werden können,
- wie alle Förderprogramme im Sozialbereich künftig vollständig digital abgewickelt werden können, welche Schritte zur Einführung oder Weiterentwicklung einer zentralen staatlichen Fördermanagement-Plattform erforderlich sind und wie die Träger beim Aufbau der digitalen Strukturen eingebunden oder unterstützt werden könnten,
- ob, wie und in welchen Bereichen richtlinienbasierte Förderprogramme auf längerfristige Pauschalförderungen umgestellt werden können, um Planungssicherheit für Träger zu erhöhen und jährlich wiederkehrende, weitgehend identische Antragsverfahren zu vermeiden.

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident